

Niederschrift

Gremium	Sitzung - K/042(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Kulturausschuss	Mittwoch, 28.02.2007	Forum Gestaltung Magdeburg Brandenburger Str. 9 - 10	16:30Uhr	19:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.01.07 und 31.01.07
- 4 Forum Gestaltung Magdeburg - Veranstaltungstätigkeit und Nutzungskonzept
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 "Aufbruch in die Gotik. Eine Ausstellung des Kulturhistorischen Museums Magdeburg aus Anlass des 800. Domjubiläums" im Jahre 2009
Vorlage: DS0507/06

Vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltes

- 6 Kulturstadtjahr 2007
- 7 Fördermittelvergabe
- 8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadträtin Karin Meinecke

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Eberhard Seifert

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Thomas Veil

Stadtrat Alfred Westphal

Beratende Mitglieder

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Michael Stage

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Dagmar Drescher

Sachkundige Einwohnerin Petra Schubert

Sachkundiger Einwohner Gerhard Unger

Geschäftsführung

Frau Silvia Hertel

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Martin Hoffmann

Beratende Mitglieder

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Kulturausschussvorsitzende Frau Meinecke eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Meinecke gab die Tagesordnung bekannt. Die Punkte 4 und 6 wurden zusammen behandelt. Der Tagesordnung wurde zugestimmt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.01.07 und 31.01.07

Niederschrift v. 11.01.07	Abstimmung: 4-0-2
Niederschrift v. 31.01.07	Abstimmung: 6-0-0

4. Forum Gestaltung Magdeburg - Veranstaltungstätigkeit und Nutzungskonzept

TOP 4

Frau Meinecke begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die teilnehmenden Gäste. Sie ging auf die prekäre Haushaltssituation für die Stadt Magdeburg ein und erläuterte die Rahmenbedingungen.

Herr Dr. Koch gab einen ausführlichen Bericht zum aktuellen Sachstand und zur Haushaltsproblematik in der Stadt Magdeburg. Er ging im Einzelnen auf die Verfügung des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 ein. Darin wird angeordnet, dass die Landeshauptstadt Magdeburg bis spätestens 30.06.2007 ergänzende Maßnahmen zum Haushaltskonsolidierungskonzept zu beschließen hat, durch die das Entstehen struktureller

Fehlbedarfe spätestens ab dem Jahr 2010 vermieden sowie zum frühest möglichen Zeitpunkt, jedoch spätestens im Jahr 2015, der vollständige Haushaltsausgleich einschließlich des Aufbaus sämtlicher auflaufender Fehlbeträge erreicht wird. Der Beschluss ist dem Landesverwaltungsamt unverzüglich nach der Beschlussfassung zur Bestätigung der Erfüllung der Anordnung vorzulegen.

Herr Dr. Koch betonte, dass die Stadt bereits seit Jahren ein Haushaltskonsolidierungskonzept hat. Nunmehr wird jedoch per Verfügung die Auflage erteilt, dass spätestens bis Mitte diesen Jahres ein erweitertes Konzept mit zusätzlichen Maßnahmen dem LVA vorgelegt werden muss, um das Gesamthaushaltsdefizit bis spätestens 2015 zu beseitigen.

Weiterhin wird angeordnet, dass durch den Oberbürgermeister mit Vollziehbarkeit der Haushaltssatzung bis zur Erfüllung der Anordnung gemäß Ziffer 2. eine Haushaltssperre zu verfügen ist, die sicherstellt, dass nur Aufwendungen entstehen und Auszahlungen geleistet werden, zu deren Leistung die Stadt rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind oder die mit einem Zuwendungssatz von mindestens 70% gefördert werden.

D.h., dass zunächst eine vorläufige Haushaltsführung gilt. Es dürfen nur rechtliche und vertragliche Verbindlichkeiten erfüllt werden. Die Haushaltssperre kann etwas mehr bewirken. Projekte mit einer Förderung von 70% können gefördert werden.

Hintergrund ist, dass das Land verschiedene Zuweisungen, insbesondere im Bereich des sog. Familienlastenausgleiches gegenüber dem Vorjahr für das HH-Jahr 2007 Kürzungen in Höhe von ca. 16,6 Mio. Euro vorgenommen hat. Wenn diese Kürzungen nicht erfolgt wären, hätte die Stadt den HH-Ausgleich – wie gesetzlich vorgegeben – erreicht.

Weiterhin erläuterte Herr Dr. Koch, dass alle im KA behandelte Punkte (Kulturstadtjahr, DS Gotik und Restmittel Fördervergabe) unter dem Vorbehalt der HH-Sperre stehen. Angesichts der Haushaltslage kann die Durchführung eines Kulturjahres nicht mehr vertreten werden. Um das Jahresprogramm angemessen vorbereiten zu können, hätte man längst beginnen müssen. Einige Projekte können sicherlich noch realisiert werden (- soweit aus dem eigenen Budget ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, wie beim Projekt „Soziale Recherche des Theaterjugendklubs“). Aber das ist dann kein „Kulturstadtjahr“ mehr. Leider kann auch die „Kulturnacht“ unter diesen Voraussetzungen nicht mehr stattfinden.

Auf Nachfrage von Frau Meinecke, ob unter die HH-Sperre auch die Verträge mit den Freien Trägern fallen, teilte Herr Dr. Koch mit, dass aus seiner Sicht die „1/12-Regelung“ gilt. Hier gibt es Verträge und er wird beantragen, dass die Förderung ausgezahlt werden kann (die BG werden die Verantwortung dafür übernehmen).

Herr Veil stellte fest, dass offenbar die kommunale Selbstverwaltung nicht mehr möglich ist. Daher müsse man nach den Konsequenzen fragen. Der Staat hat auch eine Verantwortung gegenüber den Kommunen. Es gilt auszuloten, was machbar und kompromissfähig ist. Es muss auch deutlich gemacht werden, dass eine starke Anstrengung unternommen werden sollte, noch mehr als bisher einzusparen. Die HH-Entwicklung im Land und in der Kommune ist dramatisch und man hat die Konsolidierung immer wieder verschoben.

Herr Westphal machte darauf aufmerksam, dass die geltenden Gesetze dem LVA zu 100% Recht geben. Es habe keinen Sinn weiter darüber nachzudenken, ob die Stadt gegen die Verfügung klagen kann oder nicht. Dieses wurde auch vom Rechtsamt geprüft. Wir befinden uns nicht in der vorläufigen HH-Führung des HH 2007, sondern wir befinden uns in einer HH-Folge des bestätigten Haushaltes für 2006. Die Stadt hat für 2007 noch keinen Haushalt. Erst am 15.03.07 wird der neue Haushalt beschlossen.

Frau Meinecke machte darauf aufmerksam, dass die Frage zu klären wäre, wie sich die Kulturausschussmitglieder in der Haushaltsabstimmung verhalten sollen.

Herr Löhr ging nochmals auf den Ernst der Lage ein und wies darauf hin, dass das LVA nur Vollzugsorgan ist. Eine Verfassungsklage hält er nicht für praktikabel, denn es wird im Auftrag des Innenministeriums gehandelt. Es wurden Gespräche mit den Oberbürgermeistern der drei Städte und dem Finanzminister vereinbart. Diese Gespräche sind zeitnah. Der Landtag wird sich auch noch positionieren. Eine Lösung könnte in dem Kompromiss bestehen, dass nicht 20 Mio. Euro, sondern zunächst nur 10 Mio. Euro eingespart werden. Eine weitere Lösung sollte in einer Gemeindestrukturreform, bzw. Eingemeindung gesucht werden. Alternativen gibt es wahrscheinlich nicht.

Herr Seifert wies darauf hin, dass alle Bereiche und nicht nur die Kultur von den Kürzungen in dieser Stadt betroffen sind.

Er möchte nicht, dass die geplante Gotik-Ausstellung gefährdet wird. Wie man hierfür Lösungen finden kann, ist momentan noch nicht klar. Der KA ist kein beschließender Ausschuss; Wunschvorstellungen können nicht berücksichtigt werden.

Herr Dr. Kutschmann möchte sich im Hinblick auf die Einsparziele der Meinung von Herrn Löhr anschließen. Um die Frage der Eingemeindung wird man nicht herumkommen.

Herr Stage hält es für einen falschen Schritt, die Auflagen des Landes hinzunehmen und zu erfüllen, da es im nächsten Jahr wieder erhebliche Einsparungen geben wird. Der KA sollte sich eine entsprechende Meinung bis zur Sondersitzung des Stadtrates zum Haushalt bilden.

Frau Schubert empfahl, dass der KA bzw. der Stadtrat möge sich eine Position erarbeiten, die auch nach außen überzeugend vertreten werden kann. Nichts zu tun, wäre sicherlich verkehrt. Sie findet es sehr wichtig, dass die Freien Träger das Gefühl vermittelt bekommen, dass sie nicht allein gelassen werden. Es sollten in dieser Hinsicht vom KA Zeichen gesetzt werden.

Herr Czibor brachte seine Sorgen um die Zukunft der Stadt Magdeburg zum Ausdruck. Er ging im Weiteren auf das geplante Kulturjahr und Kulturnacht 2007 ein. Die Intention war, ein politisches Signal zu setzen, um die kulturellen Attraktivitäten der Stadt Magdeburg zu erhöhen. Angesichts der neuen Situation, sollte über ein anderes Signal nachgedacht werden. Es muss über eine gesetzliche Veränderung zur Umlandbeteiligung nachgedacht werden. Vielleicht könnten auch schwarze Plakate, die symbolisieren, dass alle Theater und Museen geschlossen sind, zum Nachdenken anregen. Es gilt, den Stellenwert zu klären, den das öffentliche Gut Kultur einer Landeshauptstadt hat.

Herr Pohlmann berichtete über eine Sitzung, die gemeinsam mit den Freien Trägern stattgefunden hat. Es wird überlegt, wie es weiter gehen kann. Kultur wird immer in dieser Stadt notwendig sein. Wie kann die Gesellschaft für die kulturellen Aktivitäten sensibilisiert werden? Es sollte versucht werden, gemeinsam mit dem Kulturausschuss bzw. mit dem Stadtrat eine überzeugende Definition zu finden, was Kultur in einer Landeshauptstadt darstellt. Einige konkrete Vorschläge wurden unterbreitet. Zum Beispiel geht es um ein >Kulturjahr<, welches auf den Weg gebracht werden kann. Für ihn persönlich dürfte Kultur keine freiwillige Aufgabe sein. Es gibt Dinge, die als Pflicht angesehen werden müssen. Strukturfragen sollten kulturpolitisch diskutiert werden. Vielleicht kann gemeinsam mit dem Kulturausschuss von Magdeburg aus auch ein Signal zum Bund und nach Europa gehen, um herauszustellen, was kulturpolitisch wichtig ist. Es wird immer von einem gemeinsamen Europa geredet und

andererseits sollen nun Kultureinrichtungen und Freibäder geschlossen werden. Diese Dinge dürfen nicht einfach hingenommen werden.

Herr Stage unterstützt den Vorschlag von Herrn Szibor, an einem Tag symbolisch alle freiwilligen Leistungen ausfallen zu lassen. Um auf den Ernst der Lage hinzuweisen, sollte vielleicht eine extreme Ausnahmeaktion vollzogen werden. Es könnten auch für 2 Wochen alle freiwilligen Leistungen entfallen.

Frau Meinecke sicherte auf jedem Fall Unterstützung seitens des Kulturausschusses zu. Der Kulturausschuss wäre auch bereit, eine Sondersitzung einzuberufen.

TOP 6.

Herr Pohlmann ging auf die Genese der Brandenburger Strasse ein. Im Jahre 1793 wurde diese künstlerisch und kunsthandwerklich ausgerichtete Schule gegründet. In den Jahren entwickelte sie sich zu einer auch überregional anerkannten Institution, deren Wirkungen vielerorts in Deutschland und darüber hinaus zu verzeichnen sind. Es sind bedeutsame Bereicherungen auf den Gebieten von Kunst, Kultur, Design, Handwerk und Architektur zu verzeichnen. Die Schule wurde 1963 als Fachschule für Angewandte Kunst kurzerhand geschlossen. Seit gut einem Jahr gibt es den Verein Forum Gestaltung e.V., der inzwischen 180 Einzelveranstaltungen durchgeführt hat, mit ca. 22.000 Besuchern. Im Weiteren gab er einen umfassenden Überblick zu den einzelnen Ausstellungen.

Der Verein bringt monatlich ca. 900 Euro auf, um diesen Stand erst einmal erhalten zu können. Das sind immerhin nützliche Beiträge, für eine Immobilie, die der Stadt gehört. Das Land nutzt das Gebäude bis 2016. (Nach Aussagen der Hochschule wäre diese geschlossen worden, wenn der Verein diese nicht nutzen würde.) Eine neue Nutzung für die oberen Etagen wurde diesbezüglich auch möglich. Die Projekte müssen genügend Geld einwerben, um auch die Betriebskosten mit abzudecken. Wenn jetzt die Förderung 100%-tig gestrichen würde, wäre dies das sofortige Todesurteil für das Forum Gestaltung, da es keine institutionelle Förderung gibt. Das Engagement, welches hier geleistet wird ist enorm, die Zahlen belegen dieses.

Herr Westphal ist dafür, das Kulturstadtjahr in Magdeburg weiterleben zu lassen, da es im Wesentlichen durch die Kulturbeförderer/Vertreter realisiert wird.

Herr Dr. Koch findet die Idee ein >Kulturjahr< interessant, da es auch einen intelligenten Appell enthält.

Dieser Meinung schließt sich auch Herr Löhr an.

- 5.1. "Aufbruch in die Gotik. Eine Ausstellung des Kulturhistorischen Museums Magdeburg aus Anlass des 800. Domjubiläums" im Jahre 2009
Vorlage: DS0507/06
-

Herr Prof. Puhle brachte die Drucksache ein. Das Museum möchte zum Einen die Reihe der mittelalterlichen Ausstellungen fortsetzen und zum Anderen wird im Jahr 2009 das berühmteste Bauwerk, der Magdeburger Dom, 800 Jahre alt.

Die Ausstellung „Aufbruch in die Gotik“ eine Ausstellung des Kulturhistorischen Museums aus Anlass des 800. Domjubiläums“ wird eingeführt durch einen Prolog, der die ottonischen und romanischen Vorgängerbauten des gotischen Magdeburger Doms diskutiert und vorstellt. Die möglicherweise sensationellen Ergebnisse der im September 2006 begonnenen und bis April 2009 laufenden archäologischen Untersuchungen im und am Dom werden hier erstmals einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden können. Die vorgeschlagene Ausstellung wird Magdeburg wieder als Metropole des Mittelalters und des Heiligen Römischen Reiches herausstellen. Eine breite Resonanz auf dem Gebiet der Medien ist diesem Thema von europäischem Rang sicher.

Herr Stage warf die Frage auf, ob es nicht besser wäre, für die Magdeburger die Freibäder zu öffnen oder die Freien Träger der Stadt aufrecht zu erhalten, um die kulturelle und soziale Bandbreite für die Stadt zu sichern, als mit viel Aufwand ein großes Projekt zu fördern, welches weniger Bedeutung für die Magdeburger hat. Herr Stage ist nicht gegen die Ausstellung, aber er würde diesbezügliche Prioritäten setzen.

Herr Seifert sprach sich nachdrücklich für die Ausstellung aus. Die beiden großen vorangegangenen Ausstellungen haben sehr viel für Magdeburg gebracht. Er ist der Meinung, dass auch diese geplante Ausstellung unsere Stadt überregional bekannt machen wird. Herr Seifert stimmt der Drucksache zu.

Herr Müller kann zwar die Äußerungen von Herrn Stage nachvollziehen. Andererseits ist er für die Ausstellung, auch vor dem Hintergrund der Erfolge, die das Museum bisher zu verzeichnen hat.

Er stellte weiterhin einige Fragen zum wissenschaftlichen Personal (– wie sind die Mitarbeiter finanziell eingestuft? wie setzen sich die Gemeinkosten zusammen? usw.)

Herr Prof. Puhle teilte hierzu mit, dass die wissenschaftlichen Mitarbeiter nach dem TVöD 13 eingestuft worden sind. Die Beschäftigungsverhältnisse sind zeitlich befristet. Es hat sich in der zurückliegenden Zeit herausgestellt, dass das wissenschaftliche Personal qualitativ sehr wichtig ist.

Der Wissenschaftliche Beirat arbeitet ehrenamtlich. Es handelt sich hierbei um Professoren aus anderen Städten und Ländern. Hier müssen die Reisekosten, Übernachtungen und Honorare für die Textbeiträge für die Kataloge bezahlt werden.

Zu den Gemeinkosten kann so viel gesagt werden, dass das Kulturhistorische Museum über zu wenig Arbeitsplätze verfügt, um die wiss. Mitarbeiter unterzubringen, deshalb wurde vor ca. 5 Jahren die „Alte Landeszentralbank“ am Domplatz angemietet. Die hier entstehenden Betriebskosten müssen mit eingeplant werden.

Herr Löhr und Herr Westphal erinnern an die günstigen wirtschaftlichen Effekte für die Stadt, wenn die Ausstellung gezeigt wird. Wenn nicht, dann geht der Stadt auch Umsatz und Außenwirkung verloren. Sie sprechen sich ausdrücklich für diese Ausstellung aus.

5-0-0

6. Kulturstadtjahr 2007

7. Fördermittelvergabe

Frau Riep teilte mit, dass bei der Kulturausschuss-Sitzung am 13.12.2006 die verbliebenen Fördermittel für 2007 Restmittel in Höhe von 6.340,00 Euro in der heutigen Sitzung diskutiert und abgestimmt werden sollten. Sie verteilte eine Anlage an alle Stadträte und gab hierzu einen kurzen Überblick.

Nach kurzer Verständigung zur Restmittelvergabe wurde die Anlage mit 5-0-0 beschlossen.

8. Verschiedenes

Frau Meinecke übermittelte eine Einladung von Herrn Dr. Pellmann, den Kulturausschuss durch die Spinnenausstellung zu führen. Der Termin sollte bis Ende April geklärt werden.

Herr Westphal regte an, dass der KA sich die Ausgrabungen südlich des Fürstenwalls ansehen sollte.

Frau Meinecke teilte hierzu mit, dass lt. Arbeitsplan des KA eine Sondersitzung im April eingeplant ist.

Des Weiteren erinnerte er daran, dass 2003 über das Basedow-Denkmal gesprochen wurde, er möchte hierzu gern einen Sachstand haben.

Frau Meinecke dankte den Teilnehmern und beendete die Sitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Karin Meinecke
Vorsitzende/r

Silvia Hertel
Schriftführer/in